



## **Antwort des Staatsrats auf einen parlamentarischen Vorstoss**

Anfrage Pierre-André Page / Claire Peiry-Kolly

3404.11

### **Berufsbegleitende Ausbildung für Lehrerinnen und Lehrer**

#### **I. Anfrage**

Schulbeginn 2011: «Mehr Schüler vor allem bei den Jüngsten», 700 mehr als im Vorjahr, Mangel an diplomierten Lehrpersonen, der Kanton musste auf Studierende zurückgreifen: Solche Informationen konnte man in den vergangenen Tagen aus der Freiburger Presse entnehmen.

Der Lehrkräftemangel ist beunruhigend, und dieses Problem beschäftigt uns. Um rasch Abhilfe zu schaffen, ohne jedoch irgendwelche Abstriche an der Seriosität und Qualität der Ausbildung für Lehrkräfte zu machen, schlagen wir der Regierung vor, eine berufsbegleitende Ausbildung für Lehrerinnen und Lehrer einzuführen.

Es gibt hier im Kanton sicherlich viele Menschen, die sich im Laufe ihres Lebens beruflich verändern und einen anderen Beruf ausüben möchten als den erlernten, in dem sie mehrere Jahre ihres Erwerbslebens tätig waren. Oder aber solche, die eine neue Ausbildung machen und eine Unterrichtstätigkeit aufnehmen möchten. Wer aber mitten im Leben eine Ausbildung zur Lehrerin oder zum Lehrer absolvieren möchte, hat mehrere Hürden zu überwinden, so insbesondere die Frage der Finanzierung.

Daher fordern wir den Staatsrat auf, eine berufsbegleitende Ausbildung für Lehrerinnen und Lehrer einzurichten, und zwar in Form einer verkürzten Ausbildung für die Übernahme eines Teilzeit-Unterrichtspensums in Kindergarten- und/oder Primarklassen. Diese Lösung hätte den Vorteil, dass rasch und flexibel auf den Lehrkräftemangel reagiert werden kann, während gleichzeitig vielen Frauen und Männern ein bescheidenes, aber manchmal unerlässliches Einkommen gesichert wird.

Wir bitten daher den Staatsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Erklärt sich der Staatsrat bereit, eine berufsbegleitende Ausbildung für Lehrerinnen und Lehrer einzuführen?
2. Ist er gegebenenfalls bereit, diese Ausbildung rasch anzubieten, beispielsweise bereits auf den Schulbeginn 2012?

*25. August 2011*

#### **II. Antwort des Staatsrats**

Zum Schulbeginn 2011 verzeichneten die Kindergärten, Primarschulen, Orientierungsschulen, Sonderschulen, Maturitätsschulen und Vollzeit-Handelsmittelschulen sowie die Fachmittelschulen

in der Tat fast 700 mehr Schülerinnen und Schüler als im vorangegangenen Schuljahr. So kamen unter anderem im Kindergarten 229 zusätzliche Kinder hinzu, wobei diese Zunahme auf die etappenweise Einführung des Zweijahreskindergartens in sämtlichen Schulkreisen des Kantons zurückzuführen ist. Und an der Primarschule stieg der Bestand um 315 Kinder. Aufgrund natürlicher Abgänge von Lehrpersonen sowie der Eröffnung neuer Klassen wurden für den Kindergarten und die Primarschule 202 Unterrichtsstellen ausgeschrieben (136 im französischsprachigen Kantonsteil und 66 in Deutschfreiburg). Bei ungefähr der Hälfte dieser Stellen handelt es sich um Vollzeitstellen. Die Stellen sind inzwischen in den meisten Fällen mit Lehrerinnen und Lehrern besetzt, die über eines der verlangten Diplome verfügen (Diplome der ehemaligen Lehrerinnen- und Lehrerseminare oder die seit einigen Jahren von den pädagogischen Hochschulen ausgestellten Diplome). Es stimmt, dass in diesem Jahr weniger Bewerbungen eingingen und manchmal eine Stelle mehrmals ausgeschrieben werden musste. Schliesslich konnten aber für alle Stellen kompetente Fachkräfte gefunden werden, die über die entsprechende Ausbildung verfügen oder kurz vor Abschluss ihrer pädagogischen Ausbildung stehen. Vor allem an den Orientierungsschulen und den Kollegien, Handels- und Fachmittelschulen wird seit längerer Zeit fast jedes Jahr auf Studierende, die ihre pädagogische Ausbildung bald abschliessen werden, zurückgegriffen. Beim Kindergarten und der Primarschule kommt dies selten vor; so wurden rund zwanzig Personen, die über keinen entsprechenden Abschluss – den einer PH oder eines Lehrerinnen- und Lehrerseminars – verfügen, jedoch beispielsweise einen Bachelor in Erziehungswissenschaften oder ein ausländisches Diplom besitzen, in Teilzeit angestellt, im Teamteaching mit einer diplomierten Lehrperson. Dies macht einen Anteil von 1,2 % der insgesamt 1710 Klassenlehrpersonen der Kindergarten- und Primarklassen im französischsprachigen Kantonsteil. Auch wenn in einigen Medien tatsächlich von einem «Lehrermangel» die Rede ist, zieht es die Direktorin für Erziehung, Kultur und Sport vor, von einer angespannten Situation zu sprechen, da dies die Wirklichkeit besser trifft. Die EKSD und die PH haben im Übrigen bereits Massnahmen getroffen und betreiben seit zwei Jahren bei den Studierenden der Schulen der Sekundarstufe II eine aktive Werbung für den Lehrberuf. Diese Aktion trägt erste Früchte, denn die PH-FR verzeichnet deutlich mehr Anmeldungen als in den vergangenen Jahren (eine Zunahme der Anmeldungen um rund 60%; derzeit befinden sich an der PH-FR 155 Studierende im 1. Studienjahr, 95 im 2. und 110 im 3.).

Die Interkantonale Vereinbarung vom 18. Februar 1993 über die Anerkennung von Ausbildungsabschlüssen (SGF 410.4) gilt für sämtliche Ausbildungen und Berufe, die von den Kantonen reglementiert werden. Dazu gehören auch die Ausbildungen der Lehrpersonen für den Kindergarten und die Primarschule, für die seit 1999 ein spezielles Reglement existiert. Um interkantonale Anerkennung zu werden, müssen die abgegebenen Diplome den im Anerkennungsreglement festgelegten Mindestanforderungen entsprechen. Natürlich können die Kantone auch rein kantonale Ausbildungen anbieten oder Unterrichtsbefähigungen ausstellen, die den Kriterien der interkantonalen Anerkennung nicht genügen. Diese Praktik kann helfen, einen gewissen Bedarf zu decken, bringt aber auch Nachteile mit sich. Denn die berufliche Mobilität der so ausgebildeten Personen ist gering. Aufgrund der Bestimmungen des Bundesgesetzes über den Binnenmarkt (BGBM, SR 943.02) wirken sich solche Möglichkeiten zunehmend störend auf die Praxis der gesamten Kantone aus; auch machen sie die Grundsätze der Diplomanerkennungsverfahren unwirksam und verhindern letztlich eine kohärente Politik zur Sicherung der Qualität der Lehrerinnen- und Lehrerbildung. Aus diesen Gründen ist es nicht mehr sinnvoll, einen eigentlichen Ausbildungsgang für einen einzigen Kanton zu schaffen.

Dies und die seit mehreren Jahren zunehmend angespannte Lage bei der Suche nach qualifiziertem Lehrpersonal haben die Kantone bewogen, über die Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) nach koordinierten, gemeinsam abgestimmten Lösungen zu suchen. Nachdem in den vergangenen Monaten die letzten diesbezüglichen Arbeiten durchgeführt wurden, führte die EDK vom 14. September bis zum 15. Dezember eine Anhörung zu gemeinsamen Regeln für die Ausbildung von Personen aus anderen Berufen (Quereinsteigenden) zu Lehrerinnen und Lehrern durch. Die EDK will damit auch für diese Abschlüsse die gesamtschweizerische Anerkennung erwirken. Die vorgeschlagenen Änderungen des EDK-Diplomanerkennungsrechts betreffen die Ausbildung zur Vorschul- und Primarlehrperson sowie die Ausbildung zur Lehrperson der Sekundarstufe I.

Die Vorschläge gelten für Berufsleute, die mindestens 30 Jahre alt sind und über eine mehrjährige Berufserfahrung verfügen. Sie können auf der Website der EDK (<http://www.edk.ch/dyn/23673.php>) eingesehen werden. Gestützt auf die Anhörung soll im Jahr 2012 eine Änderung der Anerkennungsreglemente in Kraft treten. Somit könnte eine interkantonal abgestimmte und in allen Kantonen anerkannte Lösung eingerichtet werden.

Die beiden von den Grossräten Pierre-André Page und Claire Peiry-Kolly gestellten Fragen lassen sich somit wie folgt beantworten:

1. *Erklärt sich der Staatsrat bereit, eine berufsbegleitende Ausbildung für Lehrerinnen und Lehrer einzuführen?*

Der Staatsrat ist bereit, über die Pädagogische Hochschule eine Lehrerinnen- und Lehrerausbildung einzuführen, die den in Absprache mit den anderen Kantonen festgelegten Kriterien entspricht.

2. *Ist er gegebenenfalls bereit, diese Ausbildung rasch anzubieten, beispielsweise bereits auf den Schulbeginn 2012?*

Die Direktion für Erziehung, Kultur und Sport und die Pädagogische Hochschule verfolgen die diesbezügliche Entwicklung genau und werden gegebenenfalls, auch unter Berücksichtigung der im Staatshaushalt zur Verfügung stehenden Mittel, so rasch als möglich geeignete Massnahmen ergreifen.

20. Dezember 2011